

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werthmäßigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 226

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 264

Freitag, den 10. November 1905.

12. Jahrg.

Heute Donnerstag abend: Versammlungen in den Lokalen Waisenhof und Wakenitz-Bellevue.

Und das nennt sich Christentum!

Die „Kulturthaten“ im dunkelsten Afrika, nämlich die im unabhängigen Kongostaat Leopolds des Engländer verübten Greuelthaten haben jahrelang das Gemüthe der zivilisierten Welt erregt. Gehörte es doch zum „System“, die Bewohner jener Dörfer, die nicht die verlangte Menge Kautschuk abliefern, einfach niederzumetzeln und als Beweise für die richtige Ausführung des Auftrages die abgehauenen Hände der Opfer in Körben verpackt an der Amtsstelle abzuliefern. Diese und andere Schreckensbilder geben schließlich der englischen Regierung Veranlassung, von der Kaiserlichen Kongoregierung eine Untersuchung zu verlangen. Natürlich hat nicht die Humanität die Engländer zu diesem Schritt bewegt: sie hätten ja in ihren Besitzungen, speziell in Tansania, genug zu tun; vielmehr betrachtet man in England den Kongostaat als ein unannehmliches Hindernis für die Verwirklichung der englischen Pläne in Afrika. Doch was auch die Gründe seien: jedenfalls war für eine Untersuchung Stoff genug vorhanden. Die Kongoregierung gab dem Drängen Englands nach und setzte eine Untersuchungskommission ein. Mitglieder der Kommission waren der Präsident des Appellationsgerichts in Bissau, Edmund Janßen, der Präsident des Appellationsgerichts von Boma, Giacomo Misico, und der Schweizer Schumacher.

Er veröffentlicht das Amtskleid des Kongostaates den Bericht, der allen von „hoher Stelle“ an ihn gestellten Anforderungen genügt. Natürlich werden einige „fremde“ Hände zugegeben, denn ganz läßt sich die Wirklichkeit von Geldgier und Tropenoller gleichmäßig gepackten Kongohelden doch nicht vertuschen. Aber sonst ist alles so gut und so schön wie möglich.

Im wesentlichen sagt dieser für die jähige Zeit der „Kulturverbreitung“ in Afrika wichtige Bericht: Die Kommission hielt ihre erste Sitzung Anfang Oktober in Boma, der Hauptstadt des Kongostaates ab, schickte sich dann am 1. November dort ein, fuhr kongostaatwärts und besuchte eine Menge Orte im Innern des Landes. Am 13. Februar traf die Kommission wiederum in Boma ein. Die Sitzungen waren öffentlich. Als Dolmetscher diente ein Neger, der französisch verstand. Der Zuförderlichkeit wegen wurden alle französischen Zeugen auslagen auch englisch wiederholt. Mit Bewunderung nahm die Kommission die Fortschritte wahr, die in 25 Jahren aus dem vorher vollständig brach liegenden Kongostaat einen Staat gemacht haben, in dem der Weiße ohne Waffen und ohne Eskorte, wenn er nicht feindselige Absichten zeigt, sich bewegen kann. Die Hauptstadt Boma ist mit den entferntesten Bezirken in Fier und regelmäßiger Verbindung. Man glaubt, ein Land vor sich zu haben, das schon seit langerem von der Zivilisation erobert worden ist.“ Doch sah die Kommission sich genötigt, Verbesserungsvorschläge zu machen. Sie sind zum Teil sehr einschneidender Natur, so gleich die erste Forderung. Im Jahre 1902 hat der Kongostaat alle nicht kultivierten Ländereien, also demnach fast das ganze Kongogebiet für Staatseigentum erklärt. Die Erträge dieser Wälder, von denen die Einwohner zum Teil leben, wurden ihnen entzissen. Die Kommission verlangt, daß nach französischem System außer den Wäldern und kultivierten Ländereien den Eingeborenen Wiesen und Wälder im bestimmten Umkreis ihrer Niederlassung gegeben werden. Hiermit entscheidet sich die Kommission gegen eine alte vielbekämpfte Maßregel des Kongostaates, welche die Freiheit des Bewohners am Kongostaat sehr behindert. Weiter wird verlangt, die Einführung von Geldmünzen als Zahlungsmittel statt Tauschwaren von unbestimmten Wert. Die Auserlegung von Arbeitsstellen an Stelle von Steuern wird als berechtigt anerkannt. Die gesetzliche Dauer beträgt 40 Stunden Arbeit für den Staat pro Monat. Da aber eine bestimmte Menge des Kautschukertrags als Steuer einzuliefern werden muß, so wird die festgesetzte Stundenzahl illusorisch, zumal verschiedene Gegenden von Kautschukbäumen durch Karobau nahezu entblüht sind und die Eingeborenen manchmal teufelhaft mühsamer müssen, um Kautschukbäume zu erreichen.

Bei Nichtlieferung des bestimmten Quantum erfolgt Strafe, die einen Monat Gefängnis nicht überschreiten soll. Häufig werden die Gefangenen nicht schlecht behandelt; manchmal jedoch begehen die schwarzen Wachen schwere Gewaltthaten gegen die Gefangenen. Dies geschah namentlich von den Wachen der Abtragsgesellschaft.

Sehr schlimme Klagen werden vor allem von protestantischen Missionaren vorgebracht. Die Missionare stellten schwarze Zeugen, die bewiesen, daß die schwarzen Hülfssoldaten alle töten, die sich ihren wüsten Forderungen widersetzen. Ein einziger dieser Schwarzen hat 120 Morde während der letzten Jahre begangen. Wie unheimlich die schwarzen Wachen wirken, zeigt sich darin, daß während 7 Monaten im Jahre 1905 fast 142 Hülfssoldaten der Abtragsgesellschaft getötet wurden. Die Kommission verlangt Abschaffung der schwarzen Hülfstruppen zur Eintreibung der Abgaben. Der Vermittler zwischen Wägen und Eingeborenen solle der Dorfhäuptling sein, dessen Würde und Machtbefugnis von der Regierung gestützt werden soll. Die Steuerabgabe soll im Verhältnis zur Zahl der Bevölkerung festgesetzt werden, mit anderen Worten: die Steuern sollen nicht willkürlich nach Subjekten der Kongostaaten festgesetzt werden. — Die rigorose Steuererhebung ist die Ursache der Flucht der Eingeborenen aus manchen Distrikten. Jedoch ist die Entvölkerung zu dem meistenten größten Teil Epidemien, wie Roden und der Schiffskrankheit, zuzuschreiben. Einzelne Gegenden, wie Depo, Matanga und Robaka bis zu den Fellen zeigen sogar eine zunehmende Bevölkerung.

Schlamm sind bisweilen die militärischen Expeditionen, die arrangiert werden, um säumige Eingeborenenstämme zu Abgaben zu zwingen und Gefessene einzufangen. Hier zeigen sich am meisten die blutdürstigen Instinkte der Eingeborenenkrieger. Am oberen Kongo existiert eine schlagenswerte Verewaltung dieser Expeditionen mit Kriegszügen. Die fürchterliche Strafe steht hier in keinem Verhältnis zu dem geringen Delikt. Gegen das gesetzliche Verbot unternehmen einzelne Gesellschaften derartige Expeditionen, die dann noch blutiger ausfallen. — Es wird zugabed, daß militärische Expeditionen des Staates seltener geworden sind. Die Kommission bringt darauf, daß sie den Handelsgesellschaften verboten werden. — Das Abhacken der Hände der Gefangenen ist eine alte eingeborene Sitte. Außer zwei Fällen scheint es, daß wirklich diese Art Tortur nicht anferlegt wird. Außer Zweifel steht, daß niemals ein Weißer diese grausige Strafe verhängt hat. Die Kommission wünscht ferner, daß den Konzessionsgesellschaften, die je lediglich das Interesse haben, ihre Einkünfte zu erhöhen, das Recht der zwingensweisen Steuererhebung entzogen werde. Weiter soll verbotswise Handelstreibenden die Niederlassung und der direkte Handelsverkehr mit Eingeborenen gestattet werden.

Ein weiteres Kapitel bilden die Erziehungsanstalten. Gegen den Willen der Eltern werden häufig Kinder, die keine Waisen sind, vom Staat rekrutiert, der sie bis zum 24. Lebensjahr in seiner Bewahrung hält, was um so schlimmer ist, als die Kinder kaum älter als 30 bis 35 Jahre werden. Die Schulgebäude sind ganz miserabel. Die Arbeit der Herangewachsenen ist schwer, die Bezahlung lächerlich gering. Nach peinlicher Wehen die Mittelungen über die katholischen Missionsschulen. Die Missionare rekrutieren Zwillinge, die Alter sind als zwölf Jahre (vorgeschriebene Altersgrenze), zwingen selbst verheiratete sogenannte Mütter in ihre Schulen und legen ihnen schwere Arbeiten auf. Einmaligen die Vermögen aus diesen Missionsschulen aus Verzweiflung, so besteht die Strafe in Petitzeile und Anklage. Außer den regelrechten Schulen werden von den katholischen Missionaren sogenannte Kapellenfarmen als Vorposten errichtet, in die Schwarze hineingezwungen und in sklavischem Abhängigkeitsverhältnis von den Missionaren gehalten werden.

— Bezüglich der Aushebung der Arbeiter rügt die Kommission die mannigfache Ungeheuerlichkeit in dieser Hinsicht am oberen Kongo. 3000 Arbeiter, die beim Bau der Eisenbahn Stanleyville—Bonthierville beschäftigt sind, hatten nur zum allergeringsten Teil irgend welchen Kontrakt. Für diese Leute müßte nach dem Verlangen der Kommission der Zwangsdiensft bedeutend länger als der regulären Soldaten sein. In übrigen sei die Dauer des Kontrakts von sieben Jahren bei dem kurzen Leben der Eingeborenen viel zu lang. Die Bezahlung ist einschließlich der Nahrung 3—6 Franken pro Monat. Sie erfolgt zum größten Teil in Waren. Die Bestrafung geschieht mittelst der Petitzeile.

Die Justizverwaltung des Kongostaates kann sich nach Ansicht der Kommission mit der mancher anderen länger bestehenden Kolonie messen. Ein Mißstand ist, daß die Eingeborenen lieber grausames Unrecht hinnehmen, als sich zur langen Reise nach Boma entschließen. Hier werden ins Innere vorgehobene Justizposten empfohlen.

Der Bericht schließt mit der Anerkennung der Tätigkeit des Kongostaates, der aber auf seine eigenen Hülfquellen angewiesen ist. Die von der Kommission gewünschten Änderungen können infolge der damit verknüpften Ausgabenvermehrung nach Ansicht der Kommission nur schrittweise eingeführt werden.

So wird also alles beim alten bleiben! Der Kongostaat soll seine Herren und ihre Beamten bereichern, und so muß aus den Eingeborenen herausgepreßt werden, was herausgepreßt werden kann. Daher die Expeditionen und ihre Barbareien, daher die Sklaverei unter der Bezeichnung Zwangsdiensft oder Abarbeiten der Steuer. Der Bericht selbst wird, nachdem er „Ewägungen“ veranlaßt hat, vom Kongostaatsobersten Leopold Schwengelad zu den Akten gelegt werden. Der biedere Fürst aus dem Koburger Stamm wird sich doch nicht selbst seine Einnahmen schmälern!

Politische Nachrichten.

Bestimmungen.

Eine flotschende Oberzeile ist den getreuen preussischen Handwehren des Barismus verabschiedet worden und zwar von dem Barismus selbst. Wie der bekanntlich in Rußland verhaftete Genoff: Stubit selbst, ist er in Riga aus der Gefängnishaft entlassen worden. Die Verhandlung gegen ihn sollte in der nächsten Zeit in Petersburg stattfinden. Man ist der „gefährliche Hochverräter“ frei, während in Preußen die Waisenen, die ihm angeblich in seinem „hochverräterischen Treiben“ unterstützt haben, sich hinter Schloß und Riegel blicken. Die Genossen Meritas-Tiffit und Bähel-Berlin verbleiben gegenwärtig ihre dreimonatliche Gefängnisstrafe, die ihnen im Königsberger Prozeß, der zur Rettung des russischen Absolutismus angestrengt war, zubilligt wurde. Schon damals erlitten die Freunde des Barons eine schwere Niederlage. Jetzt ist sie durch die Befreiung des Genoffen Stubit noch vernichtender geworden. So mußte es kommen!

Schönstedt, seines Zeichens preussischer Finanzminister, soll gleichfalls abgesetzt werden. Als sein Nachfolger wird der Breslauer Oberlandesgerichtsrat Wejeler genannt. Ein Breslauer Richter! Das sagt genug!

Die Reichsfinanzreform soll in ihren Grundzügen noch im Laufe dieser Woche veröffentlicht werden, sobald der Bundesrat endgültig darüber Beschluß gefaßt hat. — Zeit wird's auch!

Deutsche Arbeiter für Südwestafrika. Vergangene Woche haben sich in Hamburg 18 Metallarbeiter der kaiserlichen West in Kiel nach Swakopmund eingeschifft, unter Bedingungen, die das Engagement für die Beteiligten fast als ebenso gefährliches Risiko erscheinen lassen, wie es der Kriegsdienst in Südwestafrika für die Angehörigen der Schutztruppe bedeutet. Die Arbeiter, die sich freiwillig gemeldet hatten, sind zwar dazu bestimmt, den Stamm für das Personal einer erst zu errichtenden Betriebswerkstatt der dortigen Eisenbahn abzugeben, verschiedene Bestimmungen ihres umfangreichen Vertrages sind jedoch so abgefaßt als ob man eventuell auch beabsichtige, sie zu anderer Tätigkeit als der

Parteigenossen! Bürgerschaftswähler! Nutzt die wenigen Tage bis zur Wahl aus zur regen Agitation für die Kandidaten der Sozialdemokratie!

gewohnten Handlung mit Hammer und Feile heranzugehen. Sie sind dem Kommando der Schutztruppe unterstellt und haben sich, wie es in dem Vertrag heißt, in ihren Disziplinverhältnissen (!) als Angehörige der Schutztruppe zu betrachten. Bei ihrer Ankunft in Südwestafrika haben sie sich beim Kommandeur der Schutztruppe oder dessen Stellvertreter zum Diensttritt zu melden und deren Anordnungen „unwiderleglich Folge zu leisten“. Der Kommandeur der Schutztruppe, lautet eine weitere ominöse Bestimmung des Vertrages, ist berechtigt, ihnen auch andere, ihren Fähigkeiten entsprechende Arbeiten zu überweisen, wera auch „nach Möglichkeit (!) auf ihre Stellung als vertraglich angestellte Arbeiter Rücksicht genommen werden soll. Die Vertragsschließenden sind also mehr als Arbeitssoldaten wie als freie Arbeiter zu betrachten. Auch sonst enthält ihr Vertrag Bestimmungen, die sich ein Arbeiter in Deutschland wohl kaum gefallen lassen würde und die überdies mehrfach gegen die gesetzlichen Bestimmungen über den Arbeitsvertrag verstößen. Die Dauer der Dienstzeit im Schutzgebiet wird auf drei Jahre festgesetzt, jedoch mit der Maßgabe, daß bei Mangel an geeigneten Gesellen oder aus ähnlichen wichtigen Gründen der Entlassungstermin verschoben werden kann. Das Kommando der Schutztruppe hat jedoch das Recht, den Vertrag jederzeit nach einmütiger Kündigung aufzuheben. Bei groben Verstößen gegen die Disziplin (!) und andern schweren Vergehungen kann die Entlassung des Arbeiters sofort erfolgen und der Entlassene geht dann sämtlicher Rechte, vor allem des Rechtes auf freie Rückfahrt, verlustig. Das gleiche passiert ihm, wenn er den Dienst vor Ablauf der Kündigungsfrist verläßt; in diesem Falle hat er beim Rücktritt auch noch die Kosten für die Herreise und die Ausstattung zu ersetzen! Es wird dann nochmals hervorgehoben, daß „der Mann“, bis die Bahn an die Zivilbehörde übergeht, „direkt der Disziplinargewalt der Militärbehörden untersteht“. Als Entschädigung für diese benachteiligte Stellung werden 2400 Mk. pro Jahr bei freiem Logis gezahlt, eine Summe, die bei den ererbanten Preisen für alle Lebensbedürfnisse in jener lieblichen Gegend als Reallohn gewiß bedeutend niedriger zu taxieren ist als der in Deutschland in solchen Arbeitsverhältnissen gezahlte Lohn. Gegenüber den vielen Forderungen vollenbts, mit denen der Vertrag in seinen von der Disziplin handelnden Stellen geradezu gespickt ist, wird es dem Vertragsschließenden bloß dann möglich sein, zu seinem Gelde zu kommen, wenn er seine Stellung als eine militärische ansieht und auf seine freie Persönlichkeit von vornherein verzichtet. Man kann unter diesen Umständen nur annehmen, daß die Leute, die den Vertrag unterzeichnet haben, sich über die Folgen ihrer Handlungswiese absolut nicht klar gewesen sind, und die Arbeiterkassen, an die ähnliche Forderungen herangetragen, kann nicht einbringlich genug vor solchen afrikanischen Abenteuern gewarnt werden.

Die Zeit der Propaganda für die Flottenvorlage ist für den Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller noch nicht gekommen. Er will, wie sein Generalsekretär Bued auf der Generalversammlung des Vereins erklärte, sein Pulver nicht zu früh verschütten. Sobald jedoch das Zustandekommen einer Flottenvorlage sich abzeichnet, dann werde es an einer kräftigen Aktion seitens des Vereins nicht fehlen. — Das glauben wir! Nachher doch die Eisen- und Stahlindustriellen die besten Geschäfte bei jeder Flottenvermehrung!

Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen in Berlin errangen unsere Genossen in der dritten Abteilung von 16 zur Wahl stehenden Mandaten 11. In vier Bezirken findet Stichwahl zwischen ihnen und den Freisinnigen statt. Mehrere erhielten im I. Wahlgang nur 1 Mandat. — Ein Bravo unseren Berliner Genossen!

Wie's gemacht wird, Schlußüber als Arbeiter für den Großgrundbesitzer auf Kosten der Ausbildung — das ist in Preußen-Deutschland nichts Seltenes. Die „Frankfurter Ober-Zeitung“ schreibt in Nummer 246:

Die überaus unglückliche Witterung in den letzten Wochen hat die Kartoffelernte außerordentlich erschwert. Die königliche Regierung zu Frankfurt a. O. ist deshalb von vielen Seiten daran angegangen worden, daß die weitere Ausdehnung der Herbstferien ausnahmsweise für das laufende Jahr gerechtfertigt werden möchte. Dieser Wunsch vermag die königliche Regierung keine Folge zu geben, er mußte aber angesichts der dringenden Notlage die Schulinspektoren, daß sie für die Kartoffelernte die Ferienzeit ausdehnen, für die Elternarbeit in Betracht kommenden Kinder unter Berücksichtigung der heillosen Verhältnisse ausnahmsweise ausnahmsweise entschuldigen.

Wie diese Veranjung in der Praxis wird, dazu erzählt das „Berl. Tagebl.“ aus einer Gemeinde in der Provinz:

Am 16. September schloß die Kinder vier Wochen Ferien. Am 16. Oktober begann demnach die Schule wieder. Sie hat auch begonnen. Niemand fragte aber nach dem Wie. Der Herr Großgrundbesitzer hat fast alle seine Kartoffeln auch in der Erde liegen. Die Schulpflicht haben, denn die Regierung will ja einzelne Kinder herauslassen, die für die Erntezeit in Betracht kommen. Es fehlen in den einzelnen Klassen denn auch nur „etliche“ Kinder; in jeder der beiden oberen Klassen wenigstens 10. Diese fehlen aber nicht etwa nur eine Woche, nein, drei Wochen, und jetzt zum Beginn der dritten Woche heißt es: Der „Herr“ hat die Kartoffeln noch nicht heraus, folglich wird noch länger geschult. Wie lange werden diese Zustände noch dauern? Wie, so lange, bis der Herr Großgrundbesitzer seine Kartoffeln heraus hat. Die Hälfte aller Kinder hat also schon keine echte Ferienwoche. Was wird dabei aus der Schule? Wenn der Herr Großgrundbesitzer die Kinder gebraucht, wenn infolge dessen die Kinder natürlich nicht lernen, so sind das eben „etliche“ Verhältnisse!

Es ist ein Skandal unterzugehen, daß eine königlich-preussische Regierung die Handhabe zu solchen Verhältnissen bietet. Wenn endlich wird etwas mit solchen Zuständen angefangen werden?

Was der Reichstagswahl in Eisenach-Vermbach liegt und heute noch kein bestimmtes Resultat vor. Bis gegen umgehend 21. Uhr wurden gewählt für Seher (Soj.) 6540, für den Nationalvereiner Flez 2705, für den (Soj.) 4649, Schud (Soj.) 3714, und Müller. Jeder 751 Stimmen. — Herrschend nicht

also Stichwahl zwischen unserem Genossen Ober und dem Freisinnigen stattfinden.

Ganz wie in Rußland. Die Magdeburger Polizei verhaftete drei zugereifte Spanier wegen des Verbaßts, ein Attentat auf den 19-jährigen Spanierkönig zu planen. Der Verbaß ist durch nichts begründet. Trotzdem aber leistet man Landsteute des Spanierkönigs ein! Auf der einen Seite festlicher Empfang, auf der anderen Seite Einsperrung. — Das ist auch ein Abbild auf Preußen-Deutschland.

Amerikanisches Flottenbudget. Über die kommende Flottenvorlage findet allseits durch. Man will in Erfahrung gebracht haben, daß die neuen Linienschiffe ein Displacement von 18 000 Tonnen, die neuen Kreuzer ein solches von 15 000 Tonnen haben sollen. Sechs große Kreuzer und vier Torpedosubdivisoren sollen in der Flottenvorlage gefordert werden, doch wird daran gezweifelt, ob diese Annahme nicht zu niedrig greift. In der „Röln. Volksztg.“, dem rheinischen Zentrumorgan, hat ein Parlamentarier bereits eine Berechnung der jährlich notwendig werdenden Mehrausgaben vorgenommen. Er kommt dabei zu dem Resultat, daß die jährliche Mehrausgabe 70 Millionen, die ganze Mehrausforderung also die Summe von 750 Millionen betragen werde, eine Summe, die sich auf die Jahre 1906 bis 1907 verteilt. Da das Flottenbudget von 1900 für die nächsten 12 Jahre eine Gesamtmehrausgabe von circa 800 Millionen bedeutete, würden die zu erwartenden Mehrausforderungen also eine Verdoppelung dieser kolossalen Lasten darstellen. Der Marineetat, der noch im Jahre 1895 81 Millionen Mark, 1905 bereits 233 Millionen Mark betrug, würde damit in näher Zukunft bereits auf 320 Millionen Mark anwachsen. — Man sollte nun meinen, daß das Zentrum eine solch ungeheure Volksbelastung mit größtem Nachdruck bekämpfen werde. Aber die Zentrumspresse macht nur höchst laue Bedenken gegen die Vorlage geltend. So meint die „Germania“, daß man die Flottenforderungen „nicht völlig losläßt von der Deckungsfrage“ behandeln könne und daß die Flottenverpflichtungen wohl auch „in den lauren Äpfeln einer kräftigen ländlichen Erbschaftsteuer“ würden heißen müssen. Daß das nur naive Illusionen sind, weiß die „Germania“ natürlich selbst; sie kann sich keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß die neue Flotte nicht von den Erträgen der Erbschaftsteuer oder anderer direkter Steuern, sondern von den durch die neuen indirekten Steuern aufzubringenden Einnahmen gebaut werden wird. Die Haltung des Zentrums hat sich eben vollständig gewandelt. Während im Jahre 1895 das Zentrum die Schaffung einer Flotte ersten Ranges für einen Unfug und eine Unmöglichkeit erklärte, muß es sich jetzt von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ das kompromittierende Kompliment machen lassen, daß es selbst Stimmung für die neue Flottenvorlage gemacht habe!

Zur bayerischen Wahlreform. Die Abgeordnetenkammer lehnt nach unweillicher Spezialdebatte den liberalen Antrag auf Erziehung der absoluten Mehrheit in das Landtagswahlgesetz gegen die Stimmen der Liberalen und Bauernbündler ab. Die Einführung der relativen Mehrheit wurde gegen die Stimmen der Bauernbündler und der Liberalen beschlossen.

Einen glänzenden Sieg haben unsere Genossen bei den Statuerordnetenwahlen in Forst i. L. errungen. Sämtliche fünf aufgestellte Genossen sind gewählt worden.

Reichstagsdiäten und „Unwürdigkeiten“. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Ein Teil der Preß: fährt fort, ganz ernstlich die Frage zu erörtern, ob es zweckmäßig und geboten sei, die Einführung von Tagegebern oder Anwesenheitsgeldern für Reichstagsabgeordnete dadurch zu erzwingen, daß die wichtigsten Vorlagen, auf deren Zustandekommen die Regierung angewiesen ist, bilatorisch (versteppend) behandelt werden. Wir haben schon einmal davon gewarnt einem solchen Gedanken nachzugehen, weil ein derartiges Vorgehen des Reichstages unwürdig wäre. Die jetzigen Abgeordneten sind unter der Voraussetzung der Dürftlosigkeit gewählt worden. Sie mußten damit rechnen, daß sie keine Tagegelder beziehen würden, und mußten deshalb die übernommene Verpflichtung unter allen Umständen erfüllen. Es wäre eine unwürdige Pflichtwidrigkeit, wenn sie durch Unterlassung notwendiger Arbeiten Tagegelder für sich erzwängen wollten. Das Verfahren würde auch unzulässig bleiben, denn es liegt auf der Hand, daß der Widerstand gegen die Einführung von Diäten dadurch nur gestärkt würde. Will man endlich auf diesem Gebiete etwas erreichen, so besetze man unseren Rat, die ganze Tätigkeit darauf zu konzentrieren, daß für den nächsten Reichstag Tagegelder oder Anwesenheitsgelder beschlossen werden. Einem solchen Beschlusse würde, wie wir zu wissen glauben, der Bundesrat keinen starken Widerstand entgegenzusetzen.“ — Wir erinnern die „Deutsche Tageszeitung“ nur an das Wort: Das Reich auch noch Diäten? ...

Ein deutscher Sieg. Bei einem Angriff auf Bilosja (Dunaj-Pfosten) die Kasparbischen zurückgeschlagen und erlitten schwere Verluste. Hurra! Hurra!

Nachklänge vom Sippeischen Froschmäusereck. In Diesseits-Depechen-Prozess verurteilte das Gericht den Redakteur der „Sippischen Tageszeitung“ unter Anrechnung des erwanderten Verhältnisses der Postrenten zu 75 Mark Geldstrafe, weil er die Wahrung des Telegraphen Geheimnisses durch die Beamten angezweifelt hatte.

Rußland.

Der wortbrüchige Zar. Als der Zar und seine Söhne in Folge des elementaren Ausbruchs der Entrüstung des russischen Volkes über die Sünden des Absolutismus von jähem Schicksal hefallen waren, stellten sie dem Volke außer der Verfassung ein Wahlrecht für die Reichsduma in Aussicht, das dem allgemeinen Wahlrecht beinahe gleichkommen sollte. Jetzt glaubt der Zarismus, daß die Intellektuellen durch den Terrorismus der reaktionären Elemente und durch die von der Polizei injiziertem Judenverhetzung genötigt eingeschüchtern worden seien, um seine Versprechungen wieder rückgängig machen zu können. Wie wenig das für die Reichsduma in Aussicht gestellte „Wahlrecht“ dem

Ideal des allgemeinen Wahlrechts entspricht, zeigt die bereits wiederbegebene Meinung aus Petersburg über die von Ministerkette ausgearbeiteten ergänzenden Bestimmungen für die Wahlen zur Reichsduma. Diese sind so reaktionär wie — in Preußen und Lübeck. Die vom 30. am 30. Oktober förmlich angeordnete Heranziehung der bisher rechtlosen Klassen zum Wahlrecht besteht also in der Ausdehnung des Wahlrechts auf die mittleren Klassen des Bürgertums und der Beamtenklasse; das Notabilligentum und die unteren Beamten sind vom Wahlrecht nach wie vor ausgeschlossen. Vollenbts lächerlich ist aber das den 7 1/2 Millionen Protestanten „verleihen“ Wahlrecht, daß ihnen von 600 Stimm in der Duma ganze 21 einwirken soll! Dieses „Zugehörigkeit“ ist geradezu eine Verhöhnung der Arbeiterklasse, die im Kampfe um die Freiheit, im Dienste der Kultur so viel edles Blut verzipft hat. Daß dieses Sorte von „allgemeinem“ Wahlrecht anders als eine unerhörte Provokation aufgefaßt werden wird, hat sich der „Köln. Volksztg.“ Herr Witte zuweilen selbst gesagt. Wenn der Kampf fortgesetzt wird und es zu neuen Schlächtereien kommt, trägt dieser traurige Staatsmann und Zarenanhang die Verantwortung für das vergossene Blut!

Wie will den Angelegenheiten erwidern, als ob er reformiert. Er hat ein Gouverneur, in deren Begleit die Judenverhetzung ungeheuren Umfang annahm, zum Tode gezoigt! — Weiter wird gemeldet, daß Trepows Abjehung bevorstehe. Abwarten!

Nach vertrauenswürdigen russischen Quellen berechnet man die Anzahl der bei den Unruhen in Südrussland getöteten Juden auf 15 000, die der Verwundeten auf gegen 100 000.

In Demberg treffen fortwährend eine große Anzahl Flüchtlinge aus Rußland ein. Dieselben erzählen, daß fast immer die Polizeiorgane die Urheber der Judenmassakres sind. Den wohlhabenden Juden wurde nahegelegt, sich freizukaufen. In dieser Richtung wurde sowohl von höheren als auch von untergeordneten Polizeibeamten ein schunghafter Handel betrieben. Wer auf derartige Anerbieten nicht eingehe, sei rettungslos verloren.

Wie man die „Ruhe“ wiederherstellt, geht daraus hervor, daß in verschiedenen Städten Versammlungen und Zusammenkünfte strikte verboten sind. Die Unruhe wird dadurch natürlich gesteigert.

In Sosnowice ist eine förmliche Regierung eingesetzt worden. Es wird hierüber berichtet: Die sozialistischen Komitees des ganzen Industriebezugs bilden eine förmliche Regierung. Sie richteten eine Arbeitermiliz ein, die die Polizei ersetzen soll. Die Komitees schätzten die Bürger zu Steuerbeiträgen ein, die auf für die Einrichtung der Polizei zu entrichten seien, die Parteien geben drei täglich erscheinende Zeitschriften, dabei ein für das Militär, sowie fortgesetzt Flugblätter heraus. Sie haben in Aussicht genommen, das Stadthaus, die Kammer der Stadtrichter und Polizeiwache zu besetzen. Der Polizeimeister Kronenberg wurde aufgefordert, die Gewehre der Polizisten an die Miliz auszuliefern. Fortwährend finden noch Demonstrationen statt. Der Generalkommissar dauert fort. Für Bäder und Mühlen haben die Komitees Ausnahmen zugelassen. Der Betrieb der Restaurationen und Viktualienhandlungen ist auf 4 Stunden beschränkt.

Der „Russischen Korrespondenz“ sind Privatbriefe eines sehr angesehenen Oblester Einwohners an seinen in Berlin lebenden Sohn zur Verfügung gestellt worden, der selber die Partik der fürchterlichen Mordtage durchgemacht hat. In einem dieser Briefe heißt es:

Oblesta, den 4. November. Gestern war ich nicht imstand, Euch zu schreiben oder zu telegraphieren. Denn es war unmöglich, auf die Straße hinaus zu gehen. Die Haare stehen mir zu Berge, schluchzend muß ich die Felle wieder weglegen. Denn es ist unmöglich, darüber zu schreiben. ...

Das Blut fließt buchstäblich in Straßen. Auch jetzt ist die Straße mit Blutlachen und Blutnamen der Geblüden bedeckt. Ich begreife es nicht, wie ich den Bestand nicht verloren habe, als ich aus dem Fenster die bestialischen Szenen beobachtete. Fortwährend wurden Frauen und Kinder getötet, in den ferneren gelegenen Stadtteilen aber geschahen Barbareien, wie sie die Welt kaum gesehen hat. Man sagt, daß über 2000 Menschen getötet und 15 000 verwundet worden sind. Die überwältigende Majorität besteht aus Juden, aber man zählt auch sehr viele gebildete und verwundete Christen, da die jüdische Schutzwehr (zu der auch Christen gehören) und namentlich die Studenten sich vor Verwerfung verteidigten. Mehr als die halbe Stadt ist ausgeraubt, die christlichen Bäder sind unberührt geblieben. Rühmten und alle anderen Massakres, die bis jetzt stattgefunden haben, sind ein Kinderspiel im Vergleich damit, was hier vorgefallen ist. Es waren im weltlichen Sinne Bartholomäusnächte. Gestern trat das Militär schon etwas energischer auf. Ja, es ist sogar Schießens mit Kanonen, aber der eifrigste Mord war nun nicht mehr zurückzuhalten. Im Laufe von drei Tagen waren die Exzessiven so an ihre Wüthungen, an die Massakrierungen gewöhnt, waren so blutdürstig geworden, daß auch die Kanonenschüsse keine Wirkung auszuüben vermochten. Heute sieht es etwas ruhiger aus, aber niemand weiß mit Bestimmtheit, was geschehen wird, da aus gestern anfangs eine Beruhigung eingetreten war, um 1 Uhr mittags jedoch die Morderei begann und bis um 4 Uhr morgens andauerte. Ich habe schon drei Nächte nicht ungeschlafen und nicht eine Minute geschlafen. Wie sind hilflos. Aus anderen Städten, wie Kischinew, Kiew, Kijabetschgrad, Cherson und Nikolajew und andere Orten kommen gleichlautende Nachrichten.

Oesterreich-Ungarn.

Der Eisenbahnerausstand in Oesterreich hat in Laufe des gestrigen Tages eine ungeahnte Ausdehnung erfahren. Beinahe auf allen staatlichen und privaten Eisenbahnlinien Oesterreichs sind die Arbeiter der Berkehr, die Eisenbahngestellten bestanden sich teils im Ausstande, teils leisteten sie passiven Widerstand. Von Streik noch unberührt sind die Kaiser-Tripplinger Bahn, sowie die Wiener Eisenbahnen; die Arbeiter der letzteren sollten sich gestern Abend über ihr weiteres Verhalten en

schließen. Die Verhandlungen zwischen den österreichischen Eisenbahnindustriellen und den in Österreich bestehenden Eisenbahnbetriebsvereinen wurden formell vertagt. Das Geschäftsleben hat durch diesen Zwischenfall eine empfindliche Störung erlitten. Bei einzelnen Großindustriellen steigt die Produktion brach. Die Zuckerraffinerien können ihren kontraktlichen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen und erleiden dadurch große Verluste. — Die Herren lernen jetzt die so oft verpöbelte und verhöhrte Masche der österreichischen Arbeiterkassen kennen.

Schweiz.

Die sozialdemokratische Partei beschloß, durch Sammlung von 30 000 Unterschriften eine Volkswahlbewegung über die Einrichtung einer Bundesbank zu verlangen.

Türkei.

Will man mit dem Feuer spielen? Die Wiener „N. N. Presse“ meldet: Die Mächte haben eine Flotten-Demonstration gegen die Pforte beschlossen. Jede Macht schickt zwei oder drei Kriegsschiffe ab. Österreich entsendet zwei Kreuzer, die noch Ende dieser Woche abgehen sollen. Sollte die Kundgebung erfolglos bleiben, so ist eine friedliche Blockade der Dardanellen in Aussicht genommen. — Wenn nur aus der „friedlichen“ nicht eine blutige Blockade wird.

Verärgerte Staaten.

Das Marineamt hat Schritte getan, um auf San Domingo, wo eine Revolution auszubrechen droht, den Frieden aufrecht zu erhalten. Wenn nur der Frieden nicht durch diese Manipulationen bedroht wird!

Wahlen. Der demokratische Kandidat Herr J. in Pennsylvania mit einer Mehrheit von 75 000 Stimmen zum Schatzmeister gewählt. Die Reformen hatten in der Stadt Philadelphia mit einer Mehrheit von 43 000 Stimmen einen überwiegenden Erfolg. In Virginia haben die Demokraten eine Mehrheit von 2000 Stimmen, in Rhode Island die Republikaner eine solche mit 5000 Stimmen. Die Republikaner trugen in Maryland den Sieg davon, nachdem der Ruf zum Wahlsieg der Demokraten die Wahlberechtigung abbrechen sollte, abgelehnt wurde.

Kübel und Korbhändler.

Donnerstag, den 9. November.

Ein Schweigegebot. Die Aufstellung der Kandidaten des Vaterstädtischen Vereins soll namentlich in der letzten Quartiersversammlung so lebhaften und erregten persönlichen Debatten geführt haben, daß man vom Vorstandsstische den Vertretern der Presse ein heikles Schweigen darüber auferlegen mußte, damit ja nicht die breite Öffentlichkeit von den Verhandlungen erfährt. Die Mandatsjäger sind geradezu „herrliche“ Blüten getrieben haben. Uns ist diese Sache ja vollständig gleichgültig; bemerkenswert ist aber, daß gerade in Vaterstädtischen Kreisen darüber ein heftiger Unwille sich Luft macht, wie uns von dieser Seite mitgeteilt wird.

Achtung Bürgerchaftswähler!

Wer allen Steuerzahlern über 20 Jahren auch die Teilnahme an den Wahlen verleihen will,
Wer eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten will,

Wer eine Verbesserung unseres Volksschulwesens für notwendig hält,
Wer eine Verbesserung der Lage der städtischen Angestellten will,

der darf einzig und allein die Kandidaten der Sozialdemokratie wählen!

Wer will, daß die große Mehrheit der Lübecker Bevölkerung entrechtet wird,

Wer will, daß in Lübeck nicht der Mann, sondern der Geldbeutel, für die Teilnahme an der Gesetzgebung maßgebend sein soll,

Wer will, daß die Vereine der reichen Leute, als: Renn- und Jagtclubs, mit dem Gelde der Steuerzahler alljährlich unterstützt werden,

Wer will, daß alle möglichen Empfänger, Eisen usw. aus Staatsmitteln, d. h. Steuern, bezahlt werden,

der wähle die Kandidaten des Vaterstädtischen Vereins.

Bei den Königsberger Gewerbegerichtswahlen sollen die Sozialdemokraten bürgerliche Wähler belästigt haben, so berichtet das „ehrl. Amtsblatt“, um unserer Partei ein auszuweichen. Amlich ist jedoch bereits festgestellt, daß die Beschuldigungen falsch sind. Das hindert jedoch die „L. A.“ nicht, dieselben weiter zu verbreiten. „Vornehme Gefinnung!“

Schwurgericht. Gestern verhandelte das Schwurgericht gegen die Ehefrau Mejer, die in einer Zivilklage gegen einen wissenschaftlichen Meiner geleistet haben sollte. Die Verhandlung, die nicht öffentlich war, endete mit der Verurteilung der Angeklagten wegen fahrlässigen Meinereides zu 3 Monaten Gefängnis, von denen 2 Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet wurden. Die Haftentlassung der Angeklagten wurde angeordnet.

„Kübel in Newyork“ ist der Titel eines sogenannten Volksstückes, das an den ersten drei Abenden dieser Woche in der Stadthalle zur Aufführung kam. Es mag ja in Amerika, wo das „Volksstück“ so und so viele Male aufgeführt sein soll, Leute genug geben, die daran Geschmack finden, deutliche Kost ist es sicher nicht. Vor allen Dingen fehlt dem Ganzen der Humor, der in höchst zweifelhafter Weise durch derbe Ausdrücke ersetzt wird. Die Aufführung, welche das „Volksstück“ hier fand, war auch nicht gerade

bedeutend. Abgesehen von dem als Gast mitwirkenden Hofschauspieler Richards, der als nach Amerika verschlagener Inspektor den Mittelpunkt der Geschichte bildete, und der jeden derben Ausdruck mit möglicher Breite wiedergab, konnte anscheinend überhaupt keiner von den Mitwirkenden plattdeutsch, und dabei sollen fast alle Personen des Stückes aus Böhmen sein!

Stadthallen-Theater. Der große Erfolg, den die prächtige phantastische Oper „Hoffmanns Erzählungen“ fand, veranlaßt die Direktion, das Werk Offenbachs morgen bereits zum vierten Male zu wiederholen. Das gesamte Orchester des Vereins der Musikfreunde ist an diesem Tage beschäftigt. Anlässlich Schillers Geburtsfest wird „Wilhelm Tell“ einmalig aufgeführt. Um diese Vorstellung zu kleinen Preisen geben zu können, ist dieselbe auf Sonnabend festgesetzt. Schülerbilletts kosten an diesem Tage 50 Pf., sind bereits von morgen ab zu haben. Sonntag nachmittag geht als vierte Fremden-Vorstellung zu kleinen Preisen „Der Pfarrer von Kirchfeld“ in Szene. Abends findet eine große Doppel-Vorstellung zu einfachen Preisen statt.

pb. Kleine Brände. Am 8. d. Mts. nachmittags gegen 5 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Hauje Wielandstraße Nr. 7 gerufen, wofür in einem Zimmer des ersten Stockes ein unweit des geheizten Ofens stehendes Bett in Brand geraten war. Der herbeigekommene Feuerwehr gelang es in kurzer Zeit die Flammen zu erlöchen, sodas außer dem völlig unbrauchbar gewordenen Bett, kein nennenswerter Schaden entstand. — Gegen 7¹/₂ abends wurde die Feuerwehr zum zweiten Male alarmiert. Im Hauje Hansstraße 11a war in einem Zimmer des ersten Stockes durch Explodieren einer Spirituslampe ein Gardinenbrand entstanden, der beim Eintreffen der Feuerwehr bereits durch Hausbewohner gelöscht war. Der verursachte Schaden ist nur gering.

pb. Ein heftiger Kutscher, der für seinen Dienstherrn einlieferte Gelder, im Betrage von 175 Mark, nicht ablieferte, sondern für sich behielt, wurde wegen Unterschlagung zur Anzeige gebracht. Der Kutscher ist flüchtig.

pb. Festgenommen wurde ein Arbeiter, der seitens des königlichen Amtsgerichts in Heiligenhafen zwecks Vollstreckung einer Strafe gesucht wird.

Rageburg. Ein bedauerlicher Unglücksfall trug sich auf dem hiesigen Staatsbahnhof zu. Der Weichensteller L., welcher zwischen einem einfahrenden und einem rangierenden Zuge stand, kam dem letzteren zu nahe und wurde zur Erde geworfen; er erlitt ziemlich schwere Verletzungen an Kopf und Schulter.

Schönberg. Dunkel ist der Rede Sinn. Eine Korrespondenz teilt folgendes im voraus mit: Bereits im Januar nächsten Jahres findet die Neuwahl der Landtags-Abgeordneten für das Fürstentum Rastenburg statt. Es ist ziemlich sicher, daß nur solche Männer gewählt werden, die entschlossen sind, den Landtag zu beziehen, damit endlich einmal gutes für das Fürstentum geschaffen wird. Öffentlich kommt es nicht dazu!

Hamburg. Eine Protestversammlung der Schlichtermeister von Hamburg und Umgegend gegen die Aeußerung des Reichstanzlers betreffs Abhülfsmaßregeln gegen die Fleischnot wurde am Mittwoch abend bei Sagebiel abgehalten. Nach erregten Reden wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der Bezirksverein Hamburg Altona, Harburg, Wandsbek, Cuxhaven des Deutschen Fleischerverbandes protestiert gegen die Vorschläge des Herrn Reichstanzlers an die Bürgermeister-Deputation, die eine Ausschaltung des Schlachtgewerbes bezwecken und die Fleischversorgung der Bevölkerung durch die Stadtverwaltungen befristeten. Ein derartiger Vorschlag ist geeignet, das Vertrauen der ganzen bürgerlichen Bevölkerung auf das schwerste zu erschüttern, da abgesehen von der noch viel erheblicheren Teuerung des Fleisches durch den regierungsweisen Betrieb dieser ersten Anfang des sozialdemokratischen Zukunftskaates sein würde.“ — Im, hm! Also Bilow macht den Anfang mit dem sozialdemokratischen „Zukunftskaat“! Wer hätte das gedacht. Die Fleischnot treibt doch recht sonderbare Blüten. — Politisch verbundene Versammlung. Eine von der Hamburg-Altonaer Zweigvereinigung der „Internationalen Föderation“ nach Sagebiel Stabstimmung einberufene Versammlung, in der Hr. Heymann über das Thema „Was ist bisher in Deutschland für die sexuelle Aufklärung der Jugend geschehen?“ sprechen wollte, ist von der Polizei verboten worden. Der Vortrag soll nunmehr im Altonaer Gesellschaftshaus am 16. d. Mts. gehalten werden. — Hoffentlich werden die Altonaer durch den Vortrag nicht Schaden nehmen an Leib und Seele, wie es von den Hamburgern polizeilicherseits anscheinend befürchtet wird.

Altona. Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl ging es im allgemeinen ruhig her. Obwohl in den bürgerlichen Kreisen, wie auch von unseren Genossen eifrig agitiert worden ist und wurde, so hielten sich doch die meisten Wähler von der Wahl fern. Unsere Genossen hatten alle Wähler, von welchen nur halbwegs angenommen werden konnte, daß sie für uns stimmen würden, brieflich unter Mitteilung ihrer Nummer in der Wählerliste eingeladen. Wenn dennoch das gewünschte Resultat nicht erzielt ist, so ist das bedauerlich. Abgegeben wurden für die Kandidaten der Sozialdemokratie: Fels 312 Stimmen, Borchert 308 Stimmen, Jensen 308 Stimmen. Von den bürgerlichen Kandidaten erhielten: Stadtverordneter Gau 889, Stadtverordneter Karnag 1451, Stadtverordneter Schottke 1532, Eisenwarenhändler Pring 705, Fabrikant Heise 259 Stimmen. Davon entfielen im Stadtteil Bahrenfeld auf Schottke 70, Karnag 66, Pring 7, Gau 49, Heise 24, Fels 8 und Jensen 7; in Ohmstücken erhielten Schottke 25, Karnag 11, Pring 3, Gau 16 und Heise 11 Stimmen. Gewählt sind somit Schottke, Karnag und Gau.

Tschow. Zum Steinlekerstreik. In Nr. 22 der „Allgemeinen Steinleker-Ztg.“ findet sich die Notiz, daß der Unternehmer geneigt sei, jetzt mit den ausständigen Steinleekern in Unterhandlungen zu treten. Diese Notiz ist jedenfalls auf einen Irrtum zurückzuführen, da der Unternehmer, Herr Wieben, bis jetzt noch keinen derartigen Wunsch geäußert hat. Der Herr scheint ja auch nachsicht genug von der Straßenbaummission zu finden, so daß er im Grunde ist, mit seinen Lehrlingen und sonstigen arbeitswilligen Steinleekern und Kammern die Arbeiten zu bewältigen. Zug von Steinleekern ist fernzuhalten. — Zur Bauhandwerkerbewegung. Die Maurer beschlossen in ihrer letzten Mitglieder-Versammlung, wie jetzt authentisch mitgeteilt wird, den ihnen von den Meistern vorgelegten Lohnzettel nicht anzuerkennen, weil von ihnen gefordert wurde, daß jeder einzelne Arbeiter bei seiner Einnahme durch Namensunterschrift zur Befolgung der weiteren Paragraphen verpflichtet soll. Weiter konnten sich die ausständigen Maurer nicht mit der Forderung einverstanden erklären, daß sie mit den hier noch weilenden arbeitswilligen Italienern und Böhmern kameradschaftlich zusammen arbeiten sollen. Auch die Bauhilfsarbeiter

lehnen diese Zumutung der Arbeitgeber ab. Die Zimmerer haben denselben Lohnzettel angenommen und werden demnach die Arbeit wieder aufnehmen, während der Zustand der Maurer fortbauert.

Kiel. Ein Doppelmörder entdeckt? Der in der Bornenstraße zu Kiel wohnhafte Arbeiter Weingärtner ist am Dienstag wegen eines schlimmen Verdachtes in Haft genommen worden. Es ist gegen ihn der Verdacht laut geworden, am 23. Januar 1904 den Doppel-Mord gegen die in Winterbed, einem Vorort von Kiel, wohnhaften Eheleute Erich ausgeführt zu haben. W. stellt entschieden in Abrede, an der Tat irgendwie beteiligt gewesen zu sein, er behauptet vielmehr, daß es sich bei den Anschuldigungen lediglich um einen Nachahrer der Angehörigen seiner Frau handle, mit denen er wegen des Nachlasses in Streit geraten sei.

Oldenburg. Der Landtag wählte befanntlich zu seinem ersten Präsidenten den Abg. Schröder. Vizepräsident wurde mit 31 Stimmen Abg. Langen. Abg. Langen nahm die Wahl mit Dank an. — Zu Schriftführern wurden gewählt die Herren v. Frieden, W. Hof-Eutin und Falz-Dar, die die Wahl anzunehmen erklärten. Die Wahlen gelten auf Antrag vom Abgeordneten Schwarting für die ganze Dauer des Landtages. Darauf erfolgte die Vereidigung resp. eidesstattliche Verpflichtung der Abgeordneten, ersteres für die neugewählten, letzteres für diejenigen, die schon Abgeordnete waren. Der Regierungskommissar übergab sodann dem Landtag 42 Vorlagen. — Der Landtag beschloß im weiteren die Gültigkeit familiärer Wahlen. Bevollmächtigte seitens der Regierung sind sämtliche Räte u. a. Abg. W. Hof verlas die Petitionen, unter denen eine die Thronfolge des Grafen Belkburg betrifft, eine andere der familiären Gemeinverbindungen um eine schnellere Ausführung der Bahnverbindung Barel-Weferbahn. Ein Antrag des Abg. Feldhus betrifft den Antrag des Abgeordneten Ahlhorn-Osternburg bezüglich des Wahlrechts. Beide Anträge sollen im Plenum verhandelt werden. In den Geschäftsverteilungsausschuss wurden die Abgg. Tappenberg, Ahlhorn-Osternburg, Koch, Schröder, Wilken, Hug, Schulte, Burlage, Lemz, Jungbluth, Wenke und Dauen gewählt. Es wurde beschlossen, dem Großherzog und dem verlobten Paare ein Glückwunschtelegramm zu senden. Der Geschäftsverteilungsausschuss tritt Mittwoch morgen zusammen. Die Plenarsitzung ist auf Mittwoch nachmittag 4 Uhr angesetzt.

Aus Nah und Fern.

Ein einfaches Schlafmittel. Alle, die an Schlaflosigkeit leiden, werden neue Hoffnung schöpfen, denn es ist ein neues und ganz einfaches Mittel dagegen gefunden worden. Sein Entdecker ist ein Pariser Arzt Dr. Demouchy, und man hätte auch erwarten sollen, eine solche Wohltat gerade von Paris zu empfangen, wo man sich viel mit dem Studium des Schlafes und seiner Störungen abgibt und vor einiger Zeit sogar eine Hypnologische Gesellschaft gegründet hat. Diefem Verein hat Dr. Demouchy seine Entdeckung mitgeteilt: Er verwirft alle Medikamente, die gegen Schlaflosigkeit empfohlen werden, als teils wirkungslos, teils schädlich oder beides zusammen. Zur Ausführung seines Rezepts braucht man nichts weiter als die eigene Hand. Die Hand und namentlich der Handteller ist besonders reichlich mit Blutgefäßen ausgestattet und daher eine Wärmequelle, deren Strahlung fähig sein soll, einer Erweiterung der Gefäße und damit den Eintritt des Schlafes zu bewirken, wenn sie in geeigneter Weise benutzt wird. Das vorgeschlagene Verfahren besteht darin, die leicht geschlossene Hand so gegen die Stirn zu legen, daß ihre Längslinie sich mit der Mittellinie des Gesichtes deckt. Die Handwurzel muß sich etwa in der Höhe der Nasenlöcher befinden. Auf diese Weise wird eine ziemlich stark Erwärmung der oberen Gesichtshälfte hervorgerufen und noch verstärkt durch die des Atems, der auf die Hand trifft und so nach derselben Stelle hingeleitet wird. Unter diesen Umständen soll es unmöglich sein, die Augen offen zu behalten. Vielleicht spricht dabei auch eine gewisse hypnotische Wirkung mit, denn die Sache erinnert etwas an den berühmten Kreisbeizich, durch den man einen Hahn hypnotisieren kann. Das Mittel hat den Vorzug, daß es von jedem in jedem Augenblick versucht werden kann. Ob es tatsächlich eine unfehlbare Wirkung besitzt, muß die Prüfung ergeben. Gewöhnlich gibt die Natur so einfache Mittel nicht an die Hand.

Agrarische Stammtisch-Anekdoten. Das agrarische Junferblatt erzählt — im politischen Teil! — nach der „Hilburghausener Vorzeitung“ eine geistreiche Anekdote über die Lehre vom „Teilen“. Ein sozialdemokratischer Flugblattverkäufer habe für seine Arbeit 150 Mk. erhalten und dies Kapital folz drei anderen „Genossen“ gegeben. Diese nun hätten „teilen“ wollen und den Flugblattverkäufer, der dafür nicht ja haben gewellen sei, jämmerlich verprügelt. — Schöner als durch dies Geschichtchen könnt selbst Herr Eugen Richter nicht die sozialdemokratischen „Freilehren“ theoretisch vernichten!

Litterarisches.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 22 des 15. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Fabella Gatti de Samond + Jugend und Sozialismus. XIII. Von S. Gotthufen. XIV. Von Anna Peterik. — Ein Nachwort zu den Verbandstagen der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen. I. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen von Fraasart a. R. — Der Parteitag für die Provinz Schleswig-Holstein, das Herzogtum Lauenburg, das Fürstentum Lübeck und den Hamburger Staat. — Erklärung der Kölnner Genossinnen. — Politische Rundschau. Von G. L. — Genossenschaftliche Rundschau. Von Simon Kagenstein. — Notizen: Gewerblich-ökonomische Arbeiterinnenorganisation. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Feuilleton: Maria Awonwa Herblischewskaja. Von Otto Krietz. (Gedicht.) — Jrrlichter. Von Ida Grifflin. (Fictionelle.) — Für unsere Kinder: Spruch. Von Ludwig Ulland. — Die Funtensee. Ein Märchen von Anton Fendrich. — Der Heidekrabe. Von Friedrich Heibel. (Gedicht.) — Gariibaldi. Von Malwida v. Meyenburg. (Schluß.) — Die Regenten. Von H. Lurov. — Der Ball. Von Otto Schert. — Märchen. Von Georg Davidsohn. (Gedicht.) — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der

Der Sonntag des Wahlrechtskampfes in Wien.

Auf die blutige Donnerstagsnacht ist nicht minder ergreifend und gewaltig und ebenso deutlich in seiner stilleren Sprache der feierliche Friede dieses Sonntags gefolgt. Ein unvergleichlicher, unvorgesehener Sonntagvormittag war es, der, getaucht in Wärme und Glanz und Sonnenfröhlichkeit, wie sie der Spätherbst selten gibt, dem Volke von Wien gehörte.

Dies Volk will seine Lebenslust erlärmen — so hat Dr. Adler das gleiche Wahlrecht genannt — und da kuldet es, wenn die Führer rufen, letzten Aufrechtes länger in den dampfen Stuben der Kaffeequartiere. Um neun Uhr morgens brachen die Scharen aus den entferntesten Arbeitervierteln auf. Aus Foborken, aus Ottakring, aus Brigittenau, aus Floridsdorf marschieren die Jüge hinab in die innere Stadt. Und die Bataillone wachen mit jedem Schritt, den sie tun. Aus jeder Haustür strömt es heraus und reißt sich ein. Bald beherrschen die immer dichter werdenden Reihen das Straßenbild. Die Trottoire reichen nicht mehr aus, die Masse stutet auf den Fahrdamm hinüber. Dem Zug zur Ringstraße sind bestimmte Posten angewiesen, und durch diese Straßen erglänzt fast zwischen 10 und 10 1/2 Uhr die Menschenströme auf dem Teil der Ringstraße, der für die Zusammenkunft bestimmt ist.

Ruhige Besonnenheit und bewunderungswürdige Disziplin beherrscht diesen Aufmarsch. Da ist kein Drängen und Stoßen, nicht die Hölle des Böbels in Seidenhüten, der seine Schaulust befriedigen will. Mit kaum erhobener Stimme geben die Vertrauensleute ihre Anweisungen. Die bewundernswürdige Heterogenität, die den besten Teil des Wiener Temperaments ausmacht, liegt in der Luft. Die Polizei wird gar nicht beachtet. O, sie ist heute von einer Höflichkeit und Zuvorkommenheit, diese Wiener Polizei, daß man ihr gar nicht die Säbelnadeln der Blutnacht zutrauen möchte. „Bitte höflich, hier herum, meine Herrschaften,“ das ist die durch die letzte Dienstverweisung vergeschriebene Sprache der Wiener Säuhmannschaft — für diesen Tag. Freilich, soweit ist sie noch nicht, wie ihre Petersburger Kollegenschaft. Sie salutierte noch nicht vor den roten Männern, die diesen einziehenden Arbeiterzügen voranzugehen werden, aber sie macht auch keinen Versuch, etwa die Erschlaffung der internationalen Fahnen mit ihren Aufschriften in Deutsch und Englisch: „Heraus mit dem gleichen Wahlrecht!“ zu verhindern.

Mit eifriger Sorge hütet die Polizei nur die Hofburg und die Grenzen des von der Parteileitung abgesteckten Riesensammelplatzes in der Ringstraße. Hier sind dreifache Gürtel von Schutzleuten quer über die Straße gezogen. Dahinter stehen die Pferde der berittenen Säuhmannschaft und Scharren mit den Husaren in dem klirrenden Riese der Reittalern. Aber sie werden nichts zu tun bekommen, sie und die Reiter nicht, die, die Hand am Zügel, neben den Pferden stehen. Die Hofburg steht voller Polizisten, der Weg durch sie ist gesperrt. Und für alle Fälle hält man in der Alsergrundkaserne noch ein Regiment Bosnialen bereit.

Inzwischen ist es halb elf geworden, und der Aufmarsch ist beendet. Jeder andere Verkehr hat aufgehört. Kein Straßenbahnwagen durchschneidet mehr die wogenden Massen, für die das Parlamentsgebäude den natürlichen Mittelpunkt bildet. Von diesem hochliegenden Tore aus, zu dem die im Marmor gefestete Zufahrtstraße in sanfter Windung von beiden Seiten emporführt, läßt sich das soziale Heerlager der Wiener Sozialdemokratie am besten übersehen. In einer Tief: von mehr als 60 Metern breitet es sich rechts und links vom Museum bis zur Volkikirche, fast eines Kilometer lang aus. Man sieht herab auf dieses Menschenmeer und magt nicht zu schätzen, wie viele es sein mögen. Sind

es achtzigtausend, sind es hunderttausend oder sind es noch viel mehr? Es ist ein unermeßlicher Wald schwarzer Hüte, hier und da unterbrochen durch einen bunten Frauenhut; von den äußersten Rändern dieses Waldes schimmern wie kleine, silberne Flecken die im Sonnenlicht glühenden Helme der Schutzleute herüber. Über diesem Walde aber leuchtet an hundert Stellen das glühende Rot der Fahnen, welche kräftige Arbeiterfäuste halten. Und schon wird, wie es der Kunstsinns Wiens gebietet, für den würdigen Schmuck des Platzes gesorgt. Der schon winterlich mit Brettern eingedeckte Monumentalbrunnen vor dem Parlamentsgebäude, der die Riesensäule der Pallas Athene trägt, enthält als Umrandung ein breites Band mit der Aufschrift: Hoch das gleiche Wahlrecht! Die mächtigen Kanalarbeiter mit ihren weißen Mützelhüten vor den Köpfen sind im Nu mit roten Fähnchen bedeckt. Nun hielten einige Burtschen die hohen Förderer hinauf, auf denen die Riesensäulen der Pallas Athene händiger stehen. Es sind dieselben Gruppen, die sich in Berlin vor dem alten Schlosse erhoben und die der achtundvierziger Volkswitz den geheimsten Fortschritt und den geordneten Rückschritt gekauft hat. Hier aber erhalten die Pallasbänder das Sinnbild unaufhaltbaren Vordringens, die rote Fahne, in die Hand gedrückt. Nun braust der Jubel auf, die Mägen werden geschweift und Hockrufe auf die internationale Sozialdemokratie erhoben. Aber noch stürmischer soll der Jubel werden. Da stehen zwei tüchtige eiserne Flaggemasten, die an den Tagen der Parlamentsführung die schwarze Fahne tragen. Heute sind sie leer und scheibar überflüssig. Aber schon ist der Eisenbrat durchschnitten, an dem die Flaggen emporgleiten, eine rote Fahne wird an dem Ende des Drahtes angebunden, der an der Spitze über eine Rolle zurückläuft, man zieht, zieht, und es gelingt; langsam und Holz gleitet das rote Banner empor und weht triumphierend von der höchsten Spitze. Am zweiten Mast glückt der gleiche Versuch; hier sind es eine deutsche und eine tschechische Fahne, die brüderlich vereint emporflattern. Das ist wie das Zeichen zu einem einzigen Jubelschrei, der sich links und rechts fortpflanzt und bis an die Mauern des Burgheaters und der Hofburg schlägt. Das „Ved der Arbeit“ und die „rote Fahne“ werden angeklammert und brausen in unerhörtem Messiaschor empor. Dann wieder erklingen Hockrufe auf die russische Revolution, die Freiheit und das Wahlrecht. Mit einem Male wird es still. Was ist? Ein Redner spricht, es ist Schuchmeister, dem Setz und Remann folgen. Die Hauptier werden entböst, während die Redner sprechen und die begeisterten Gesichter der Tausende glänzen im Sonnenschein auf. Was der Redner sagt, kann nur eine kleine Minderheit hören, aber sie alle wissen ja, was er sagen muß, und wenn er endet, dann bricht es orkanartig aus: Her mit dem gleichen Wahlrecht! Nieder mit allen Volksverrätern! Wer magt es, der Volksgewalt sich zu widersetzen?!

Während um halb zwölf, wie es vorher bestimmt war, erfolgt der Abmarsch. Er geschieht in der gleichen Ordnung wie der Zug. Kein Zusammenstoß erfolgt, das Volk verhält sich ruhig, seinen Roten auch nur ein erbitertes Wort zuzurufen. Durch die letzten Reihen der Abziehenden aber marschieren, es ist zwölf Uhr geworden, schwarze Federbüsche auf den Helmen, in weißen Mänteln mit roten Aufschriften, goldene Parafanen in der Hand, die kaiserliche Burgwache, ein mittelalterliches Geßpenst in der hellen Mittagsstunde. Umgeben von den zurückgebliebenen lustig flatternden roten Fähnchen, erhebt sich der goldene Helm auf dem Haupte die weiße Riesensäule der Athene, der wehrhaften Göttin der Weisheit. Sinnender Klugheit voll, doch auch entschlossen zu höherer Tat, prüft sie die Lanze, die sie in der Linken hält. Auf ihrer ausgebreiteten Rechten aber trägt sie schon die Wägen des Sieges.

Soziales und Parteileben

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Die Kesselschmiede und Schiffszimmer-

leute auf der Werft von Rüschke u. Co. (A. G.) in Stettin haben wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. — Die städtischen Straßenreiniger Leipzigs sind durch ihren Arbeiterausschuß mit Forderungen an den Rat der Stadt herangetreten. — Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kartonnagenindustrie und der Buchbindereien in Chemnitz sind in eine Lohnbewegung eingetreten. — Der Buchbinderstreik in Paris ruhe hat mit einem Siege der Arbeiter geendet. — Auch in Saarabien beginnt es zu tagen. Ein an sich nicht besonders wichtiges, aber als Zeichen der Stimmung bemerkenswertes Wahlergebnis wird aus St. Johann gemeldet. Bei der Delegiertenwahl zur Ortskrankenkasse trugen die „freien“ Gewerkschaften den Sieg davon, und zwar konnten sie innerhalb Jahresfrist einen Stimmerzuwachs von 100 Proz. verzeichnen. — Aus Paris wird berichtet: Der Ausschuß des Verbandes der Kriegshafen- und Arsenalarbeiter Frankreichs erklärt einen Aufruf, in welchem die Wiederherstellung der entlassenen Dreister Hafenarbeiter gefordert und die Regierung schärf angegriffen wird. Die Arbeiter des Marine-Arsenals in Orient beschlossen bereits den allgemeinen Ausstand. — In Amerika wird ab Montag der 8. und 9. Arbeitstag in der Diamant-Industrie eingeführt.

Die Antwort der Weber. Eine schnelle und deutliche Antwort erteilten die Meraner ausgeperrten Weber und Weberinnen den ausperrungsmutigen Unternehmern auf deren neuesten Ullas. Nach diesem sollte die Arbeit am Montag wieder aufgenommen werden, und, falls sich bis zum 11. November nicht genügend Arbeitswillige für Gera-Greiz gefunden, an diesem Tage die Ausperrung zu erneuern. Die Meraner Ausperrten aber beschließen am Sonntag, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die angebotene Erneuerung der Ausperrung bestimmt unterbleibt. Die Meraner Arbeiter haben mit diesem Beschlusse gezeigt, daß sie nicht gewillt sind, sich der Unternehmerrückwärts zu fügen. Werden diese Arbeiter aus der Ausperrung zum Angriffskampfe gedrängt, dann können die Schloßbarone etwas erleben, dessen sie sich nicht versehen haben. Die Stimmung unter den Meraner Ausperrten ist gegenwärtig eine derartige, daß sie bereit sind, den Kampf mit aller Energie anzunehmen und zu Ende zu führen, um sich und ihren Messergerossen die Erlolge zu sichern. — Aus Gera wird vom Montag gemeldet: Heute sind im ganzen Bezirk die Betriebe geöffnet. Nur wenige Arbeitswillige haben sich gefunden. In Gera sind es 240 von circa 3000 Webern. Im übrigen Bezirk ist das Verhältnis ein ähnliches. Auch in Glauchau-Meraner, wo keine Forderungen gestellt sind, aber die Arbeiter ausgeperrt wurden, haben diese die Arbeit verweigert. Die Färberereikonvention macht bekannt: „Wenn sich bis Sonntagabend, den 11. November, nicht genügend Arbeitswillige für die Weberereien gefunden haben, werden auch die Färberbetriebe geschlossen.“ Insgesamt kämen nach einer Ausdehnung des Kampfes in dieser Richtung hin 30 000 Personen in Betroß!

Ein Veteran der Partei, Genosse Gabriel Bömerstein in Nürnberg, vollendete am Dienstag sein 80. Lebensjahr.

Die Parteigenossen in Breslau beschlossen am Montag, an den Parteivorstand das Ersuchen zu richten, im Anbetracht der Vorgänge in Rußland und Österreich in Gemeinschaft mit den Berliner Vertrauensleuten zu erwägen, ob nicht beim Parlamentarismus des preussischen Landtages auch bei uns die Wahlrechtsfrage aufzurollen sei. In bejahenden Falle sollen die Parteigenossen im ganzen Staate am 2. und 3. November die allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht zum Landtage demonstrieren. — Es ist nicht gut, wenn man die Macht der Arbeiterklasse unterschätzt, für gefährlich aber halten wir eine Ueberschätzung

Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild.
Von Friedrich Gerpäder.

(72. Fortsetzung.)

„Jenny,“ flüsterte die Jungfrau, leise ihren Arm um die Hüfte der Freundin legend. „Jenny — was ist Dir plöglich? — Was fehlt Dir? O mein Gott, auch Dir drückt vielleicht eine schwere Sorge die Brust, und während Du mir gestattest, all den Gram, der mein Herz bedrückte, in das Deine mit auszusüßten, hast Du mir verheimlicht, daß auch Du nicht glücklich bist.“

„Glaube es nicht, Manuela,“ flüsterte Jenny, die Freundin fester an sich ziehend — „ich würde mich verständig, wollte ich das sagen. In San Francisco allerdings drückte mich ein schwerer Kummer, aber da Heison sich in der frischen Bergluft hier bald erholt, so rasch gekräftigt hat, ist auch die Furcht, ihn zu verlieren, von meiner Seele genommen.“

„Aber die Tränen?“

„Sind mir die Tropfen in's Auge gekommen?“ lächelte die junge Frau und schüttelte die verräterischen Perlen ab — „ich habe es selber nicht gewußt; aber sie galten nicht meinem Glück — sie galten einem Toten. Nur die Erinnerung an vergangenes Leid hat mich einen Augenblick trübe — aber richtig einmal trübe, nur wenig gestimmt. Es ist wieder vorüber und wir wollen uns des schönen Morgens recht von Herzen freuen.“

„Was war das?“ flüsterte da ängstlich Manuela, deren scharfes Auge eine dunkle Schatt' erpäßt hatte, die durch die Wägen glitt.

„Wo?“ frag Jenny, „sahst Du etwas?“

„Gleich dort drüben, nicht zwanzig Schritt von uns entfernt — ha — da wieder. Scharf Gott, es sind Indianer,

und wir haben uns so töricht weit von den Unseren fortgewagt.“

„Wir wollen zurückkehren,“ flüsterte ihr Jenny erschreckt zu. „Jedem weiß nicht einmal, nach welcher Richtung hin wir gegangen sind. Vielleicht haben sie uns noch nicht gesehen.“

„Es ist zu spät,“ erwiderte aber die weit besonnene Spasierin, „sie haben uns schon bemerkt und kommen schon herüber.“

Jenny war toterbleich geworden, aber sie erwiderte kein Wort, und nur trampfhaft den Arm Manuela's haltend, erwartete sie die braunen Gestalten, die von allen Seiten, pöhllich wie aus dem Boden auftauchend, heranglitten — aber auf die Frauen achteten sie nicht. Die Ersten, die in ihre Nähe kamen, blieben stehen und wechselten einige Worte in ihrer Sprache, auch ihre Blicke ruhten dabei auf den beiden zitternden Frauengestalten, aber sie hatten nichts feindseliges gegen sie im Sinne.

„Walle, walle“ sagten sie freundlich grüßend und schritten rasch vorüber. — „Walle, walle,“ sagten die Nachkommenden, und wenige Minuten später war die ganze Schaar, wie sie erschienen, so in den Wägen wieder spurlos verschwunden. Noch aber wagten die Frauen nicht sich zu bewegen, aus Furcht, die Wilden könnten rasch zurückkehren. Endlich aber sagte Jenny:

„Komm — wir verlassen lieber den Platz, denn so gut müßig diese Kinder des Waldes schienen, könnte sich ein zweiter Trupp doch vielleicht weniger rachsüchtig betragen. Wir sind auch überhaupt zu weit vom Lager fortgegangen, und Mr. Heison wird am Ende gar böse, wenn er es erfährt.“

„Da kommen noch mehr Indianer,“ flüsterte Manuela — „wären wir nur erst fort von hier. Es war auch zu leichtsinnig, so ohne Begleitung mitten in den Wald hineinzulaufen.“

„Das ist nur ein Pferd,“ beruhigte sie aber Jenny, „es

ist ja zu weiden, und Weiß: sind dann auch in der Nähe — ha — dort ist sein Reiter! Gott sei Dank, ich habe mir nichts zu fürchten. Die Indianer scheuen die Schießwaffen unserer Rasse.“

Der junge Engländer war es, der, als er die Indianer unten vorbeiziehen sah, arstig für sein Pferd besorgt zu werden. Man erzählte sich in den Minen, daß sie Pferde wie Maulthiere nicht selten bei Seite schafften, um an ihrem Fleisch ein letztes Mahl zu halten, und dem wollte er hoch, so lange das anging, ausweichen. Uebrigens konnte sich sein Tier wohl jetzt genug erholt haben, die kurze Strecke in die Stadt hinab zurückzulegen, und er war eben im Begriff, es wieder anzuzäumen. Der rauhe Boden dort, der hier und da, wenn auch tiefer, doch ziemlich feste Strahlspuren zeigte, zwang ihn aber, an den Frauen vorbeizugehen, um zu seinem Tiere zu gelangen. Manuela hatte den Kopf ihm zugedreht; er erkannte auf den ersten Blick, daß es ein Mädchen spanischer Stammes war, und nach dem, was er von derlei „Sennoritas“ in den Realoma-Minen gesehen, glaubte er keine weitere Noth von ihr nehmen zu dürfen. Näher gekommen, frappterte ihn aber die wirklich blendende Schönheit, das wahrhaft himmlische Wesen des jungen Mädchens, und fast unwillkürlich grüßte er artiger, als es seine Absicht gewesen. — In demselben Moment aber fiel auch sein Blick auf die andere, neben ihr stehende Gestalt. — Erschrocken hielt er an — er sah sie erblicken und sich auf die Freundin stützen, und „Jenny!“ rief er, seinen Augen kaum traunend, die Arme ausgestreckt gegen die Frau, die eine Ohnmacht nahe die Augen schloß.

„Jenny — um Gottes willen, was ist Dir, mein liebes, süßes Herz!“ rief Manuela, sie mit der einen Hand unterstützend, während sie mit der anderen in zitternder Hast ihre bleichen Wangen streichelte.

„Es ist nichts — es ist vorüber,“ hauchte aber die Frau, sich gewaltsam emporrichtend und zusammenfassend.

„Jenny! sagte da der Fremde mit welcher, tiefbewegter

dieser Macht. Wir sind der Meinung, daß der Gehalt, so gut er an und für sich auch ist, heute noch verfrüht ist. Die Gründung eines Kreiswahlvereins ist seitens der Gewerkschaften im 1. braunschweigischen Kreise beschlossen worden.

Zum „Vorwärts“-Konflikt veröffentlicht der Parteivorstand anlässlich der gestern in der Beilage abgedruckten Zuschrift der Gen. Eisner u. folgende Erklärung: „In der Zuschrift von Eisner und Genossen werden u. a. folgende Behauptungen aufgestellt: 1. Auch in dem jüdischen unehelichen Skandal ist Weibel die treibende und vermittelnde Kraft, gegen dessen Aktionen sich die einflussreichen Mitglieder des Vorstandes und andere alte verdiente Parteigenossen vergeblich aufgelehnt haben. 2. Ubrigens machen wir aus den unehelichen Wirtungen dieses Skandals auch weniger Weibel einen Vorwurf, als vielmehr denjenigen, die sich diesem Einfluß auch dort, wo er verderblich ist, gegen ihre innere Überzeugung, vielmehr aus mißverstandenen Parteinteressen fügen. Die Unterzeichneten haben zu den beiden angelegenen Behauptungen folgendes zu bemerken: Bei den Beschlüssen in der „Vorwärts“-Affäre haben sämtliche Mitglieder des Vorstandes außer dem Genossen Ebert, der seine Tätigkeit im Vorstande noch nicht aufgenommen hat, mitgewirkt. Daß jedes Mitglied nur nach eigener Überzeugung und aus sachlichen Gründen gestimmt hat, ist ebenso selbstverständlich, wie es selbstverständlich ist, daß sämtliche Mitglieder für alle gefassten Beschlüsse und getroffenen Maßnahmen des Parteivorstandes solidarisch die Verantwortung tragen. Berlin, 6. Novbr. 1905. J. Auer. W. Eberhard. A. Gerlich. G. Rolkenbuhr. W. Pfannkuch. P. Singer. R. Wengels.“

Genosse v. Elm veröffentlicht in unserer Hamburger Parteivorstand folgende Beschlüsse: Genosse: „Friedrich Dieß, Stuttgart macht den Vorschlag, die organisierten Genossen „Groß-Berlin“ darüber abstimmen zu lassen, ob der Parteivorstand und die Preskominmission mit der Beseitigung der früheren Redaktionsmehrheit sich im Recht befinden haben oder nicht. Gegen diesen Vorschlag erhebe ich Einspruch. Es ist durchaus unrichtig, wenn Genosse Dieß behauptet: „Der „Vorwärts“ ist Berliner Lokalblatt“, „das Mäntelchen „Zentralblatt“ kann man jedem Parteiblatt umhängen, es ist und bleibt nur ein Dekorationsstück.“ Nach dem Organisationsstatut ist bis jetzt der „Vorwärts“ noch immer Zentralorgan der Partei, die Redaktion desselben ist verpflichtet, die Politik der Gesamtpartei zu vertreten und hätte ich meinerseits, wenn die Frage jemals auf einem Parteitage gestellt worden wäre, immer dagegen protestiert, daß die Haltung des „Vorwärts“ in allgemeinen politischen Fragen ausschließlich von den Berliner Parteigenossen bestimmt werde. Soweit die lokalen Angelegenheiten Berlins in Frage kommen, ist es noch keinem Parteitag eingewilligt, den Berliner in dieser Frage dreuzurede zu wollen. Ueber die Haltung des „Vorwärts“ in lokalen Fragen besteht aber absolut kein Streit, weder die Preskominmission in Berlin, noch der Parteivorstand wollen dem Lokalredakteur, dem Genossen Schröder, der 13 Jahre lang seines Amtes zur Zufriedenheit der Berliner Genossen hat, seine Stellung kündigen. Die Meinungsdivergenzen bestehen über die Haltung des „Vorwärts“ in Fragen der allgemeinen Politik, die vom Parteitag bestimmt wird, nicht allein von den Berlinern. Hat der Parteivorstand es unterlassen, dem Parteitag in Jena das angelegte Anklage-Material gegen die „Vorwärts“-Redaktion hierüber zu unterbreiten, so muß dagegen entschieden protestiert werden, daß die Berliner Genossen jetzt allein darüber aburteilen. Von dem Moment an, wo dies geschieht, hört der „Vorwärts“ auf, Zentralorgan der Partei zu sein, ein solcher Bescheid kann aber nur von einem Parteitag gefasst werden. Mit einem Referendum bin ich einverstanden, aber nicht mit einem solchen der Berliner, sondern der sämtlichen organisierten Parteigenossen in Deutschland. Was der Parteivorstand seine Anliegen bestimmt formulieren und nicht nur mit allgemeinen Redensarten, wie dies bisher geschah, gegen die Mehrheit der „Vorwärts“-Redaktion vorgehen, sondern Punkt für Punkt den Beweis zu führen versuchen, durch welche Darlegungen im „Vorwärts“ die Redaktionsmehrheit gegen die in unserem Programm festgelegten Grundsätze oder gegen Beschlüsse der Parteitage verstoßen hat. Das allein kann für die Partei entscheidend sein. Diese Anklagekarte mag

dann selbstverständlich mit der Antwort der bisherigen 6 „Vorwärts“-Redakteure, den Parteigenossen in Deutschland zur Beurteilung unterbreitet und dann darüber abgestimmt werden, was von beiden Seiten Recht hat. Da es sich bei diesen Auseinandersetzungen lediglich um große prinzipielle Gesichtspunkte handelt, so dürfte diese Urabstimmung noch den Gewinn zeitigen, daß sie wesentlich zur Klärung der Anschauungen der Genossen in diesen großen Fragen beitragen dürfte. Ueber die Art des Vorgehens des Parteivorstandes und der Berliner Preskominmission könne dann ruhig der nächste Parteitag entscheiden. Die Hauptfrage ist die: „Ist die bisherige Redaktion des „Vorwärts“ schuldig, die Prinzipien der Sozialdemokratie verletzt und gegen die Beschlüsse der Parteitage gehandelt zu haben?“ Ueber diese Frage von der Mehrheit der abstimmen Genossen mit Ja entschieden, bleiben die sechs bisherigen Redakteure entlassen, entscheidet die Mehrheit mit Nein, werden sie wieder eingestellt und die jetzigen „Vorwärts“-Redakteure haben aus der Redaktion auszuschcheiden. Ich bin überzeugt, ein solches Referendum würde herbeiführen, was wir alle wünschen, Ruhe und Frieden in der Partei und Einigkeit und Geschäftigkeit im Kampfe gegen die Gegner auf der ganzen Linie. Den Bescheid über eine solche Urabstimmung herbeiführen, kann aber nicht der Parteivorstand, weil er in diesem Falle Partei ist, sondern nur die in diesem Monat zusammentretende, für die Gesamtpolitik der Sozialdemokratie mit verantwortliche Reichstagsfraktion.“

In Hamburg tagte am 3. November eine Versammlung der dortigen Mitglieder des Vereins Arbeiterpresse, um unter Anwesenheit des Ausschusses dieser Organisation, der am Ort seinen Sitz hat, zum „Vorwärts“-Konflikt Stellung zu nehmen. Im Auftrage der sechs aus dem „Vorwärts“ ausgeschiedenen Redakteure waren die Vereinsmitglieder Eisner und Schröder von Berlin aus zu der Versammlung delegiert worden. Nachdem ein Antrag, über die „Vorwärts“-Angelegenheit zur Tagesordnung überzugehen, gegen wenige Stimmen abgelehnt worden war, beriet die Versammlung eingehend die zur Erörterung gestellte Angelegenheit und fasste ihre Ansicht in der folgenden Resolution zusammen: „Die Hamburger Mitglieder des Vereins Arbeiterpresse erklären zu der „Vorwärts“-Angelegenheit, daß sie es für unzulässig erachten, 1. parteigenössliche Redakteure wegen abweichender Meinung in einzelnen Fragen zu entlassen, so lange ihnen nicht nachzuweisen ist, daß sie nicht mehr Sozialdemokraten sind oder gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder Parteitagbeschlüsse verstoßen haben, 2. erklären die Mitglieder, daß sie es als ein schweres Unrecht erachten, Redakteure oder andere in amtlichen Vertrauensstellen der Partei befindliche Genossen ohne deren vorherige Anhörung zu entlassen, 3. erklären sie, daß es unwürdig ist, zu versuchen, durch Entlassung minder verantwortlicher Genossen auf einem Umweg eine künstliche Mehrheit in der Redaktion eines Parteiorgans zu schaffen.“

Die Hamburger Mitglieder des Vereins Arbeiterpresse erlauben dem Parteivorstand, alle denkbaren Mittel anzuwenden, um dieser Auffassung bei den Parteinstanzen Anerkennung zu verschaffen, damit so vermieden werde, daß ähnliche Vorkommnisse wie im „Vorwärts“ sich irgendwo in der Parteipresse wiederholen.“

Der Antrag eines Mitgliedes namens die Versammlung über Art. 1 der Resolution gelodert und namentlich ab; die Annahme dieses Abjages erfolgte mit 29 gegen 6 Stimmen. Der übrige Teil der Resolution fand widerspruchlos Annahme.

Aus Was und Fern.

Bergmannsloß. In der Konfessionsfrage in Deutchen werden die Bergleute Golly und Schlenz durch herabstürzende Köpfe erschlagen. Ersticktes wurde in Breslau ein Schneidermeister. Der Täter entkam. Kulturarbeit. Das Schwurgericht in Dürrow verurteilte nach zwölfstündiger Verhandlung den Wirt Waljochak aus Caraga wegen Ermordung seines Ausgebürgers Filjwal zum Tode. Auf sächsische Rechtszustände weist ein Vorgang, über den die „Sächsische Arbeiterzeitung“ und die „Dresdener

Montagszeitung“ berichten, ein merkwürdiges M. In D- zember 1903 war in ein Dresdener Geschäft eingebrochen worden. Ein Arbeiter kam auf Grund von Verdächtigungen in Verdacht und wurde verurteilt, bezugnehmend drei Gefängnisstrafen wegen Mordes, letztere, obwohl lagwichtig schon ein anderes bekannt hatte, den Todestod verurteilt zu haben. Das Wehenaufsehensverfahren führte zur Freisprechung und dann erst zur Entlassung der schon seit Monaten Verhafteten. Der eine von ihnen machte Entschuldigungsanträge in Höhe von 700 Ml. geltend, wurde aber zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er falsche Angaben gemacht haben soll. Dieser ganze Vorgang wurde in der Presse kritisiert. Im Oktober d. J. wurde darauf der zuletzt Verurteilte auf das Dresdener Polizeigefängnis gelassen, wo man ihn fragte, ob er die Mitteilung über die Vorgänge der Presse übergeben habe. Die Befragung hatte kein Resultat. Bei nochmaliger Befragung wurde aber dem Arbeiter, der inzwischen Beschäftigung gefunden hatte, eröffnet, daß er auszuweichen sei, in zwei Tagen Dresden zu verlassen habe. Alle Vorstellungen halfen nichts. Hier sind also wieder einmal die antiquarischen landesgesetzlichen Bestimmungen über die Befugnis zur Ausweisung betrübter aus ihrem Aufenthaltsort angewandt worden. Wenn die Darstellungen richtig ist, so ist die Anwendung in diesem Falle noch bedenklicher, als die Bestimmungen an sich schon sind.

Im Meineldspruch gegen die Reankenwärterskötter Helene Gröbeling, den Genossin Karl Voigt und die Portierk- frau Ischerer, die vor mehreren Jahren gegen den Landgerichtsrat Schmie, den Testamentsvollstrecker des im Jahre 1901 verstorbenen Kommerzienrates v. Zimmermann, auf Anstiften der Frau v. Zimmermann unter Eid Anschuldigungen wegen Mordtötung und Betruges machten, erkannte der Gerichtshof in Berlin bei Gröbeling auf Freisprechung, gegen Voigt auf 1 Jahr und 3 Monate Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust und gegen Ischerer auf 1 Jahr Gefängnis unter Verrechnung von 2 Monaten Unterhäftungshaft.

Teuer bezahlter Kuß. Der auf einer Wermutskochung bei Mannheim besterbet gewesene Herr Heinrich Essenwein aus Senefeld gab in einer Szene einem vierzehnjährigen Mädchen wider dessen Willen einen herzhaften Kuß. Der Dienstherr, der in diesem Augenblick hinkam, erkrankte Angehörige. Gegen den Täter wurde Anklage wegen Verletzung des Mädchens erhoben. Die dritte Strafkammer in Mannheim verurteilte ihn den Angeklagten für seine „Liebeswürdigkeit“ zu sechs Wochen Gefängnis.

Sonderbarer Grund zum Selbstmord. In Rastenthardt bei Witten a. d. Ruhr erschlug sich ein Bergmann, weil er in seinem Ehescheidungsprozeß einen Termin verjäumt hatte.

Schwer bestrafte Unvorsichtigkeit. Der Tanzlehrer Kandelmann in Essen a. d. Ruhr, der am Rheinischen Bahnhof aus einem fahrenden Zug springen wollte, geriet unter die Räder und wurde zermalmt.

Schwermet. Der Kunstmaler Emil Bracl in München hat sich in einem Anfall von Schwermut vergiftet. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg.

Ungeheure Föhnstürme haben über der ganzen Schweiz gewüthet und schweren Schaden angerichtet. Bäume stürzten und Häuser wurden abgedeckt. Die Luft ist förmlich heiß. Das Thermometer wies nach 4 Uhr eine Temperatur von 20 Grad auf.

Literarisches.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die 22. Nummer seines 22. Jahrgangs erscheinen lassen. Die Nummer bringt ein gutes Bild unseres verstorbenen Genossen Friedrich Hart in Ebersfeld nebst einem warm empfundenen Nachruf. Des weiteren erwähnen wir die Bilder „Das soziale Gleichgewicht“, „Die russische Duma“, „Erblichkeitsregulierungen in Oesterreich-Ungarn“, „Erwerbsgenosse Müller“, „Kalebrion in Dänemark“, „Berechtigte Entrüstung“, „Eine moderne Dohle“, „In der Reichsblüthe“, „Kontinent“ und „System Trotha“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Rühnemänner“, „Der Gynäkeal“, „Alpdrüden“, „Nicht verzagt!“ von Robert Siebel, „Patriotische Rechnung“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren Feuilletons „Das Gesetz“ und „Die Entfesselten der Eherung“ von Roy Eitelberg. Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Sittens, indem er auf sie zugeht und ihre ihm willkürliche Hand ergreift — hier — so wüßte ich mich wieder haben!“

Die Frau sand antwortet vor ihm — sie sprach kein Wort, aber sie hatte seine Hand nicht losgelassen — sie zog auch ihre Hand zurück und wie sie den Kopf zur Seite wandte, war es, als ob sie einen Schlag empfunden hätte, diesen schmerzhaften Schlag empfand sie nicht. Aber unwillkürlich fand ihre Hand wieder den des Fremden; ihre Arme reichte sie ihm entgegen, grandiosen Augen, und all die Schritte, die sie bis dahin mit ihr selber unmerklicher Kraft zurückgebracht, mit der Entschlossenheit, daß, was sie nicht ergriff und was sie nicht ergriffen und getrieben, brachen hervor in einer mächtigen Faust.

„Charles! nicht sie, und ihre Hände haben das Herz des Mannes in der Hand genommen — Charles!“ und schrien, lachend schrie sie an die Hand des Mannes und bangte die Hand an dem Mannes Hand. — Minuten lang hielt sie die Hand fest. Sein Gesicht war totenbleich geworden, aber er sagte und sagte sich nicht, und nur seine Lippen rührten auf dem Mannes Hand. Da endlich richtete sich die Frau langsam wieder auf; die Arme, die sie unwillkürlich gehalten, ließ sie sinken. Sie wandte sich ab und sah, wo sie gehen sollte, stand in die Höhe, das jetzt glühend blickte: „Nicht mit der Hand bedacht. — Und wenn sie nicht, sie unwillkürlich, Charles.“

„Charles! nicht sie, und ihre Hände haben das Herz des Mannes in der Hand genommen — Charles!“ und schrien, lachend schrie sie an die Hand des Mannes und bangte die Hand an dem Mannes Hand. — Minuten lang hielt sie die Hand fest. Sein Gesicht war totenbleich geworden, aber er sagte und sagte sich nicht, und nur seine Lippen rührten auf dem Mannes Hand. Da endlich richtete sich die Frau langsam wieder auf; die Arme, die sie unwillkürlich gehalten, ließ sie sinken. Sie wandte sich ab und sah, wo sie gehen sollte, stand in die Höhe, das jetzt glühend blickte: „Nicht mit der Hand bedacht. — Und wenn sie nicht, sie unwillkürlich, Charles.“

„Charles! nicht sie, und ihre Hände haben das Herz des Mannes in der Hand genommen — Charles!“ und schrien, lachend schrie sie an die Hand des Mannes und bangte die Hand an dem Mannes Hand. — Minuten lang hielt sie die Hand fest. Sein Gesicht war totenbleich geworden, aber er sagte und sagte sich nicht, und nur seine Lippen rührten auf dem Mannes Hand. Da endlich richtete sich die Frau langsam wieder auf; die Arme, die sie unwillkürlich gehalten, ließ sie sinken. Sie wandte sich ab und sah, wo sie gehen sollte, stand in die Höhe, das jetzt glühend blickte: „Nicht mit der Hand bedacht. — Und wenn sie nicht, sie unwillkürlich, Charles.“

„Charles! nicht sie, und ihre Hände haben das Herz des Mannes in der Hand genommen — Charles!“ und schrien, lachend schrie sie an die Hand des Mannes und bangte die Hand an dem Mannes Hand. — Minuten lang hielt sie die Hand fest. Sein Gesicht war totenbleich geworden, aber er sagte und sagte sich nicht, und nur seine Lippen rührten auf dem Mannes Hand. Da endlich richtete sich die Frau langsam wieder auf; die Arme, die sie unwillkürlich gehalten, ließ sie sinken. Sie wandte sich ab und sah, wo sie gehen sollte, stand in die Höhe, das jetzt glühend blickte: „Nicht mit der Hand bedacht. — Und wenn sie nicht, sie unwillkürlich, Charles.“

„Charles! nicht sie, und ihre Hände haben das Herz des Mannes in der Hand genommen — Charles!“ und schrien, lachend schrie sie an die Hand des Mannes und bangte die Hand an dem Mannes Hand. — Minuten lang hielt sie die Hand fest. Sein Gesicht war totenbleich geworden, aber er sagte und sagte sich nicht, und nur seine Lippen rührten auf dem Mannes Hand. Da endlich richtete sich die Frau langsam wieder auf; die Arme, die sie unwillkürlich gehalten, ließ sie sinken. Sie wandte sich ab und sah, wo sie gehen sollte, stand in die Höhe, das jetzt glühend blickte: „Nicht mit der Hand bedacht. — Und wenn sie nicht, sie unwillkürlich, Charles.“

„Charles! nicht sie, und ihre Hände haben das Herz des Mannes in der Hand genommen — Charles!“ und schrien, lachend schrie sie an die Hand des Mannes und bangte die Hand an dem Mannes Hand. — Minuten lang hielt sie die Hand fest. Sein Gesicht war totenbleich geworden, aber er sagte und sagte sich nicht, und nur seine Lippen rührten auf dem Mannes Hand. Da endlich richtete sich die Frau langsam wieder auf; die Arme, die sie unwillkürlich gehalten, ließ sie sinken. Sie wandte sich ab und sah, wo sie gehen sollte, stand in die Höhe, das jetzt glühend blickte: „Nicht mit der Hand bedacht. — Und wenn sie nicht, sie unwillkürlich, Charles.“

„Charles! nicht sie, und ihre Hände haben das Herz des Mannes in der Hand genommen — Charles!“ und schrien, lachend schrie sie an die Hand des Mannes und bangte die Hand an dem Mannes Hand. — Minuten lang hielt sie die Hand fest. Sein Gesicht war totenbleich geworden, aber er sagte und sagte sich nicht, und nur seine Lippen rührten auf dem Mannes Hand. Da endlich richtete sich die Frau langsam wieder auf; die Arme, die sie unwillkürlich gehalten, ließ sie sinken. Sie wandte sich ab und sah, wo sie gehen sollte, stand in die Höhe, das jetzt glühend blickte: „Nicht mit der Hand bedacht. — Und wenn sie nicht, sie unwillkürlich, Charles.“

„Charles! nicht sie, und ihre Hände haben das Herz des Mannes in der Hand genommen — Charles!“ und schrien, lachend schrie sie an die Hand des Mannes und bangte die Hand an dem Mannes Hand. — Minuten lang hielt sie die Hand fest. Sein Gesicht war totenbleich geworden, aber er sagte und sagte sich nicht, und nur seine Lippen rührten auf dem Mannes Hand. Da endlich richtete sich die Frau langsam wieder auf; die Arme, die sie unwillkürlich gehalten, ließ sie sinken. Sie wandte sich ab und sah, wo sie gehen sollte, stand in die Höhe, das jetzt glühend blickte: „Nicht mit der Hand bedacht. — Und wenn sie nicht, sie unwillkürlich, Charles.“

„Charles! nicht sie, und ihre Hände haben das Herz des Mannes in der Hand genommen — Charles!“ und schrien, lachend schrie sie an die Hand des Mannes und bangte die Hand an dem Mannes Hand. — Minuten lang hielt sie die Hand fest. Sein Gesicht war totenbleich geworden, aber er sagte und sagte sich nicht, und nur seine Lippen rührten auf dem Mannes Hand. Da endlich richtete sich die Frau langsam wieder auf; die Arme, die sie unwillkürlich gehalten, ließ sie sinken. Sie wandte sich ab und sah, wo sie gehen sollte, stand in die Höhe, das jetzt glühend blickte: „Nicht mit der Hand bedacht. — Und wenn sie nicht, sie unwillkürlich, Charles.“

„Charles! nicht sie, und ihre Hände haben das Herz des Mannes in der Hand genommen — Charles!“ und schrien, lachend schrie sie an die Hand des Mannes und bangte die Hand an dem Mannes Hand. — Minuten lang hielt sie die Hand fest. Sein Gesicht war totenbleich geworden, aber er sagte und sagte sich nicht, und nur seine Lippen rührten auf dem Mannes Hand. Da endlich richtete sich die Frau langsam wieder auf; die Arme, die sie unwillkürlich gehalten, ließ sie sinken. Sie wandte sich ab und sah, wo sie gehen sollte, stand in die Höhe, das jetzt glühend blickte: „Nicht mit der Hand bedacht. — Und wenn sie nicht, sie unwillkürlich, Charles.“

„Charles! nicht sie, und ihre Hände haben das Herz des Mannes in der Hand genommen — Charles!“ und schrien, lachend schrie sie an die Hand des Mannes und bangte die Hand an dem Mannes Hand. — Minuten lang hielt sie die Hand fest. Sein Gesicht war totenbleich geworden, aber er sagte und sagte sich nicht, und nur seine Lippen rührten auf dem Mannes Hand. Da endlich richtete sich die Frau langsam wieder auf; die Arme, die sie unwillkürlich gehalten, ließ sie sinken. Sie wandte sich ab und sah, wo sie gehen sollte, stand in die Höhe, das jetzt glühend blickte: „Nicht mit der Hand bedacht. — Und wenn sie nicht, sie unwillkürlich, Charles.“